

Am 17. Dezember:

Warnstreik ab 13 Uhr

22 Kolleginnen und Kollegen unseres Krankenhauses nahmen am 10. Dezember an der Tarifversammlung des Öffentlichen Dienstes in Saarbrücken teil. KollegInnen aus allen Bereichen im ganzen Land berichteten von ihrem Kampfwillen. Wir wollen eine drei vor dem Komma. Wenn die Arbeitgeber uns dies, trotz unserer wahrlich sehr bescheidenen Forderung, nicht geben, dann wird es zum unbefesteten Streik kommen.

Jetzt müssen wir unser Recht wahrnehmen. Bis auf eine Notbesetzung verlassen wir um 13 Uhr das Haus. Vor dem Haus findet eine kurze Kundgebung statt. Anschließend geht es mit dem Extrabus zur Großdemonstration nach Saarbrücken. Dort treffen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und werden ihre Forderung lautstark verkünden.



Wer Wind säht, wird Sturm ernten, warnt die ver.di Betriebsgruppe

Märchenonkel Rürup

Die Totschlagargumente der Regierung und ihrer „Wirtschaftsweisen“ stammen alle aus demselben Märchenbuch

Die Aufgabe der Hartz-Kommission war es, dem Staat und den Unternehmen zu Einsparungen bei Lohnersatzleistungen und Löhnen zu verhelfen.

Was Hartz für die (Netto)Lohnkosten, soll Rürup nun für die Lohnnebenkosten leisten. Seine „Kommission zur nachhaltigen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme“ widmet sich demnächst der in der Regierungserklärung formulierten Zielsetzung: „Strukturreformen am Arbeitsmarkt, bei Rente und Gesundheit, um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig zu machen und die Lohnnebenkosten nachhaltig zu senken.“ Entsprechend hat der Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup bei der Vorstellung seiner Kommission das Ziel der Senkung der Lohnnebenkosten auf 40 Prozent ausgegeben. Er weiß auch schon wie: In der Krankenversicherung sollen die Arbeitgeberbeiträge steuerfrei ausgezahlt werden – ein Ende der Parität, wie bereits bei der Rente geschehen. Die Arbeitnehmer sollen eine Kopfprämie für die Krankenversicherung zahlen und für Zahnersatz sowie für die Absicherung des Unfallrisikos privat vorsorgen. Bei der Rente soll die Altersgrenze von 65 auf 67 angehoben und das durch den Riester-Abschlag ohnehin sinkende Rentenniveau durch einen wiederbelebten Blüm-Faktor noch weiter schrumpfen. Auf der letzten Sitzung empfahl ein Kollege im Haus doch direkt eine Rutschbahn zur Prosektur zu bauen, dann könnte man die Mitarbeiter ja direkt am Arbeitsplatz entsorgen, so seine

sarkastische Meinung.

Die fortschreitende Umverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen und die Privatisierung der Sozialsysteme werden uns von Regierung, sogenannten Wirtschaftsweisen sowie den Kapitallobbyisten unisono begründet – mit einem Märchen. Es stammt aus dem dicken Wälzer, in dem auch davon die Rede ist, dass Lohnverzicht Arbeitsplätze schaffe oder dass der Kapitalismus ein Naturgesetz sei. Das Märchen, auf das aktuell zurückgegriffen wird, lautet, niedrige Lohnnebenkosten dienen der Beschäftigung oder andersherum, durch höhere



Sozialabgaben stiegen die Lohnnebenkosten, und dadurch sinke die Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitsplätzen und Unternehmen, was wiederum den Faktor Arbeit belaste.

Was bei Hartz geklappt hat, wird wohl auch bei Rürup nicht versagen: Das Totschlagargument der Arbeitsplätze. Wirtschaft und Regierung scheinen inzwischen selbst zu glauben, dass eine Senkung der Lohnnebenkosten den Beschäftigten zugute kommt. Was ganz sicher klappen wird: Eine Senkung der Lohn-

nebenkosten zieht weniger Einkommen und weniger Sozialleistungen nach sich. Mit einer Reduzierung der Lohnnebenkosten ist keine Verbesserung für die Lohnabhängigen verbunden, sondern nur weiterer Sozialabbau und die fortschreitende Zerstörung des Sozialstaats.

Mit den Lohnnebenkosten wird unser soziales Netz finanziert. Länder mit niedrigen Lohnnebenkosten unterhalten ihre sozialen Netze entweder direkt über Steuern oder aber es gibt dort keine oder nur sehr schwach entwickelte soziale Netze. Das wiederum setzt voraus, dass man sich mittels seines Einkommens überhaupt

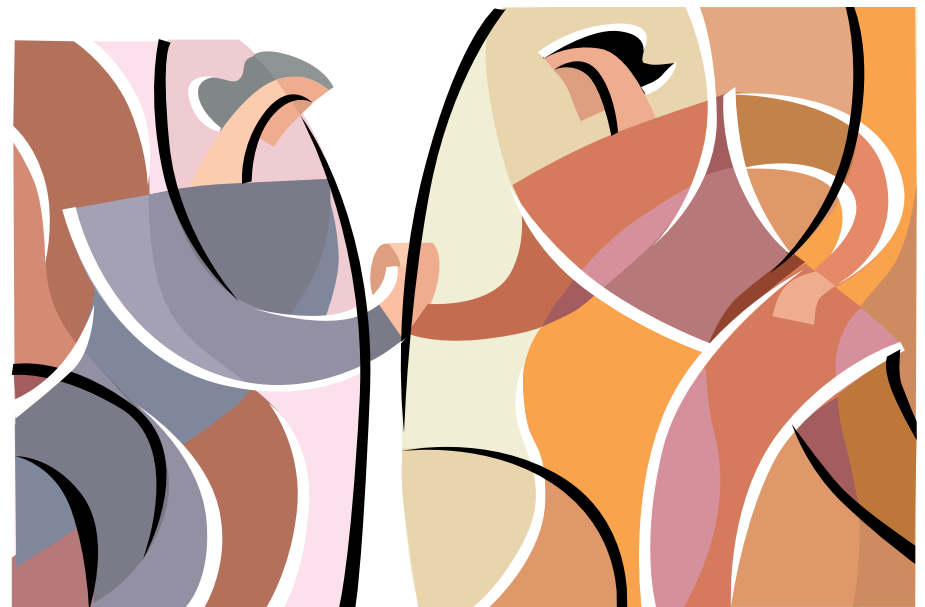
eine private Vorsorge leisten kann. Denn alle Varianten der privaten Sicherung senken den Nettolohn, während jede Reduktion des Arbeitgeberanteils eine Lohnkürzung ist, was der Begriff der paritätischen Finanzierung verschleiert. Verdeckt wird auch, dass im Zuge gesenkter Lohnnebenkosten alle Reproduktionskosten – Kosten von Bereitstellung, Erhalt und Vernetzung der Arbeitskraft – in immer größerem Ausmaß von den Lohnabhängigen selbst getragen werden müssen. Schließlich haben sie auch noch die Profite zu erarbeiten. Und die Unternehmen werden zusätzlich zu den Aufgaben und Risiken nun auch von den Kosten der Tatsache entlastet, daß sie vernutzungsfähige Arbeitskräfte brauchen. Wer die Senkung der Lohnnebenkosten verlangt, will daher in Wahrheit weniger Sozialleistungen und mehr Profite sowie die Entlassung der Unternehmen aus der gemeinsamen Finanzierung des sozialen Netzes.

Das erinnert an ein anderes Märchen: „Geht es der Wirtschaft/dem Unternehmen gut, geht es auch uns gut.“ Aus Angst vor Hohngelächter traut sich jedoch kaum noch jemand, es laut zu erzählen. Denn die Finanzierungsprobleme der sozialen Systeme beruhen auf ihrer Lohnbindung und der Tatsache, daß die Lohnquote – das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen – stetig gesunken ist. Damit ist sichergestellt, dass das soziale Netz immer grobschichtiger wird, je mehr es benötigt wird. Doch selbst wenn es nicht um unser aller Wohl, sondern die Wettbewerbsfähigkeit des Landes geht: Für den Unternehmer sind nicht die Lohnnebenkosten, sondern die Lohnstückkosten, also die Arbeitskosten je produzierter Einheit, entscheidend. Und diese liegen in Deutschland – dank der hohen Arbeitsproduktivität – sehr viel tiefer als beispielsweise in den USA und Japan. Tatsache ist, daß Deutschland bei der Entwicklung der Lohnstückkosten die zweifelhafte Ehre des Dumpingweltmeisters gebührt.





Die ver.di Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus redet nicht nur, sie handelt.



Gewerbeaufsicht 25 saarländische Abteilungen in sieben Kranken- häusern über- prüft

Das Landesamt für Arbeitsschutz überprüfte im Herbst 25 Abteilungen in sieben saarländischen Krankenhäusern durch das Landesamt für Arbeitsschutz.

Hierbei wurde festgestellt, dass „in der Tat zur vollständigen Umsetzung der gesetzlichen Arbeitszeitschriften in den saarländischen Krankenhäusern noch erheblicher Beratungs- und Änderungsbedarf besteht“.

Die in einigen wenigen Krankenhäusern bereits eingeführten Arbeitszeitmodelle lobte die Ministerin als positive Beispiele dafür, wie „die zeitliche Inanspruchnahme von Ärztinnen und Ärzten im gesetzlich zulässigen Rahmen sichergestellt werden könne“.

Die in den Krankenhäusern nun anstehenden erforderlichen Veränderungen will die Ministerin in erster Linie durch beratende Gespräche erreichen. Sie wollte allerdings Sanktionen nicht ausschließen und kündigte diesbezüglich eine erneute Schwerpunktaktion an.

Wir bitten um Verständnis und Solidarität

Liebe Patientinnen und Patienten!

Am Dienstag, den 17.12.02 werden die Beschäftigten des Knappschafts-Krankenhauses Sulzbach in einen befristeten Warnstreik treten. Deswegen kann es ab 13 Uhr am Nachmittag zu Verzögerungen im Krankenhausbetrieb kommen. Wir arbeiten nur mit einer Notbesatzung. Die Gewerkschaft ver.di bittet Sie um Verständnis!

Wir fordern 3 Prozent und x mehr Lohn.

Wir wollen so viel wie in den anderen Wirtschaftsbereichen auch.

Wie ist die Situation? Seit über zehn Jahren haben wir es real mit einer Lohnsenkung zu tun. Dafür nimmt die Arbeitsverdichtung immer mehr zu. Mehr Operationen, immer geringere Liegezeiten und immer mehr Bürokratie. Für unsere Patienten bleibt immer weniger Zeit. Schon fehlen in vielen Häusern Ärzte und Pflegepersonal. Immer weniger Menschen sind bereit unter solchen Bedingungen wie im Krankenhaus zu arbeiten. In den letzten zwei Jahren haben wir unsere Arbeitsleistung um etwa 16 Prozent steigern müssen.

Sagen Sie selbst, ist da eine solche Forderung nicht mehr als gerecht?

Die Arbeitgeber wollen uns keinen Cent mehr geben. Obwohl wir eine wirklich bescheidene Forderung gestellt haben,

wir wollten schnell vor Weihnachten abschließen.

Was bleibt uns da übrig? Die Arbeitgeber wollen noch mehr. Sie gliedern immer mehr Bereiche aus dem Krankenhaus aus. Sie wollen das Gehalt für die Krankenschwestern noch senken.

Wir versuchen täglich, rund um die Uhr, für eine Stunde Nachtdienst bekommt eine Krankenschwester gerade einmal gut einen Euro pro Stunde extra, hohe Qualität zu leisten. Das klappt nicht immer bei dem Stress, aber wir möchten gerne. Deswegen sind wir auch in der Gewerkschaft. Wir vertreten unsere Interessen und damit auch die Interessen der Patienten. Uns ist nicht egal was so im Lande passiert.

Sie haben das Glück in einem Krankenhaus zu liegen, in dem es eine starke Gewerkschaft gibt. Hier wird darauf geachtet, dass die Tarife und Arbeitsgesetze eingehalten werden. Das führt auch zu einer besseren Betreuung der

Patienten. Unser hoher Organisationsgrad ist auch ihr Vorteil, denn nur die Menschen, die sich auch für sich selbst einsetzen, setzen sich auch für andere Menschen ein. Wir in der Gewerkschaft nennen das Solidarität.

Wir bitten Sie am 17. Dezember um Ihre Solidarität.

Wir werden in Saarbrücken demonstrieren und danach wieder ins Krankenhaus kommen, um Sie in gewohnter Weise zu versorgen.

Sollten die Arbeitgeber am 18.12. nicht eine drei vor dem Komma anbieten, dann wird der Kampf weiter gehen. Leider haben wir keine andere Möglichkeit. Wir werden dann unsere Mitglieder zur Urabstimmung aufrufen. Wir müssten dann streiken. Auch in einem solchen Falle sind uns unsere Patienten nicht egal. Wir werden mit unserem Arbeitgeber einen Notdienstplan vereinbaren, um die nötigsten Arbeiten auch dann verrichten zu können. Natürlich wären wir froh, wenn es nicht dazu kommen müsste. Noch können es die Arbeitgeber verhindern. Die ver.di Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus mit seinen 370 Mitgliedern möchte sich mit diesem Artikel bei Ihnen für Ihre Solidarität bedanken. Wir werden uns alle Mühe geben, Sie trotz dieses Arbeitskampfes gut zu versorgen.

Wir wünschen Ihnen gute Besserung.

Impressum:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft -

ver.di

Fachbereich 03 - Gesundheit

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken - Eigendruck;

Vi.S.d.P.: Thomas Müller

Betriebsgruppenvorstand:

Sprecher Michael Quetting (Station 6/Qualitätsbüro),

Stellvertr. Sprecher: Jürgen Krüger (Personalratsbüro),

Elke Weil (U2), Gerald Weyand (Physikalische Therapie)

und Anna Blaha (Verwaltung)

E-Mail: verdikkhs@aol.com

Durchblick im Netz: <http://www.durchblick.2-www.de>

